

# Bildungspolitiker fühlen sich übergegangen

Noch 2016 wehrten sich die Kantonsräte gegen die Schliessung der Wirtschaftsmittelschule Willisau. Nun dürfte sie doch Realität werden.

**Christian Glaus**

Das Ende der Wirtschaftsmittelschule Willisau scheint besiegelt zu sein. Wegen zu geringer Anmeldungen will der Kanton Luzern im kommenden Schuljahr an der WMS keine neue Klasse führen. Und auch ein Jahr später will er darauf verzichten.

Damit werden drei Jahrgänge ausgesetzt. Die Kanti Willisau will sich auf die Gymnasien konzentrieren und gibt damit die Hoffnung auf, wieder Wirtschaftsmittelschülerinnen und -schüler aufzunehmen.

## Vor vollendete Tatsachen gestellt

Pikant: Im Rahmen der Spardebatten hat sich der Kantonsrat 2016 gegen die Schliessung der WMS Willisau ausgesprochen. Nun wird er quasi vor vollendete Tatsachen gestellt, obwohl es für die definitive Schliessung einen Parlamentsbeschluss braucht. Pläne, einen entsprechenden Antrag einzureichen, gibt es

beim Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) noch nicht.

Dass das Departement aus finanziellen Gründen keine Miniklassen führen will – dafür zeigen Bildungspolitiker Verständnis. Wenig Freude haben sie aber daran, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. So sagt der Entlebucher SVP-Kantonsrat Bernhard Steiner, die Regierung sei verpflichtet, die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten.

## Freie Schulwahl einschränken?

Eine Massnahme könne die Einschränkung der freien Schulwahl sein, also eine Art Bildung von Schulkreisen für die Mittelschulen. «Wenn die Regierung zu einer Umteilung der Lernenden nicht bereit ist, muss sie einen Antrag für die Schliessung des Standorts Willisau stellen.» Über eine Schliessung müsse man bei einem allgemeinen Rückgang der Anmeldungen diskutieren.

«Wir haben bis zur aktuellen Woche keine offiziellen Informationen erhalten.»



**André Marti**  
FDP-Kantonsrat und  
Stadtpräsident Willisau

«Aus regionalpolitischer Sicht fände ich eine Schliessung jedoch falsch. Es braucht auch auf der Landschaft ein gutes Bildungsangebot.»

## Parlamentarier fordern Klarheit vom Kanton

Der Luzerner SP-Kantonsrat Urban Sager, selber Lehrer an der Wirtschaftsmittelschule in Luzern, fordert, dass die Regierung dem Parlament reinen Wein einschenkt: «Ich erwarte, dass man die Zukunft der WMS Willisau in der Bildungskommission und gegebenenfalls im Kantonsrat diskutiert. Die Initiative dazu muss von der Regierung kommen.» Sager weiss: Die Schulabgängerinnen und -abgänger sind gefragt. Trotz tendenziell rückgängiger Anmeldungen sei die WMS kein Auslaufmodell. Auch der Stadt Luzerner hält das Angebot auf der Landschaft für wichtig. «Der Wohnort darf beim Zugang zu Bildungsangeboten keine Rolle spielen.»

Für eine Rettung des Standorts Willisau eingesetzt hat sich Mitte-Kantonsrat Ludwig Peyer, bis vor kurzem Präsident der Schulkommission. Er brachte die Idee ein, die freie Schulwahl einzuschränken. Wer in einem gewissen Umkreis der WMS Willisau wohnt, soll automatisch dort zur Schule gehen. Das sei eine Idee von vielen gewesen, schreibt Peyer: «Wenn die Lernenden im ganzen Kanton rückläufig sind, wird das schwierig.» Das Bildungs- und Kulturdepartement sei gut beraten, «mit einer definitiven Schliessung des WMS-Standorts Willisau noch zuzuwarten». Es soll die weitere Entwicklung, insbesondere die Reform bei der kaufmännischen Ausbildung, abgewartet werden.

Peyer scheint also den Widerstand gegen eine Schliessung aufgegeben zu haben. Wichtiger sei ein klares Bekenntnis zu einem starken Gymnastandort Willisau. «Hier nehme ich einen langsamen Be-

wusstseinswandel im BKD wahr, was ich sehr begrüsse.»

## «Offiziell keine Informationen erhalten»

Willisaus Stadtpräsident und FDP-Kantonsrat André Marti ist von der Nachricht über die WMS überrascht worden, sagt er. Dass es schwierig werden würde, eine neue Klasse zu führen, habe er zwar gewusst. «Wir haben aber bis zur aktuellen Woche keine offiziellen Informationen erhalten.» Marti glaubt nach wie vor an den «Mehrwert einer WMS Willisau. Zum weiteren Vorgehen braucht es nun eine Auslegung mit allen Beteiligten», fordert er. Nebst den zu tiefen Schülerzahlen müsse auch berücksichtigt werden, welche Veränderungen die KV-Reform auf nationaler Ebene mit sich bringe. Ob er auch als Kantonsrat politisch aktiv wird, lässt er offen. «In erster Linie muss es nun darum gehen, die Kantonsschule mit Lang- und Kurzzeitgymnasium langfristig zu erhalten.»

# Kloster St. Urban soll neu positioniert werden

Da die Luzerner Psychiatrie auszieht, wollen eine IG und der Kanton die historische Anlage neu ausrichten.

**Reto Bieri**

Das ehemalige Kloster St. Urban in der Gemeinde Pfaffnau zählt zu den schönsten barocken Klosteranlagen der Schweiz. Vielen Luzernerinnen und Luzernern ist das Kleinod aufgrund der Lage am Rand des Kantons allerdings kaum bekannt. Das soll sich mit dem Projekt «denkMal» ändern. Getragen wird es einerseits von der IG «denkMal Kloster St. Urban», andererseits von der Dienststelle Immobilien des Kantons Luzern, in dessen Eigentum sich die Klosteranlage befindet.

Hauptmieterin ist aktuell die Luzerner Psychiatrie (Lups), die zurzeit ausserhalb des Klosterareals einen weiteren Neubau erstellt. Mit dem Auszug der letzten Bewohnenden aus dem Wohnheim Sonnengarten werden ab Sommer 2023 in den Klosterräumlichkeiten rund 2250 Quadratmeter frei, also eine grössere Fläche. «Dieses Potenzial soll neu genutzt werden», sagt Raymond Studer, Projektleiter von «denkMal».

## «Verkehrstechnisch gut gelegen»

Nicht nur der Bekanntheitsgrad des Klosters soll gesteigert, sondern auch das Event- und Kulturmanagement neu organisiert werden. Dafür ist laut Studer zurzeit die Luzerner Psychiatrie per Leistungsauftrag zuständig. Beispielsweise kann man bereits heute historische Räume für Hochzeiten mieten oder Konzerte veranstalten. Dem Kanton und der Lups sei es ein Anliegen gewesen, den Eventbereich von der Psychiatrie zu entkoppeln, da es nicht zu ihrer Kernkompetenz zähle, sondern sich historisch ergeben habe, so Studer.



Mit dem Projekt «denkMal» soll der Bekanntheitsgrad des Klosters St. Urban gesteigert werden.

Bild: Pius Amrein (St. Urban, 24. März 2022)

Während der Kulturbereich also weitergeführt werden soll, will man das Kloster neu im Bereich Innovation positionieren. Gemeint ist damit zum Beispiel: Unternehmen suchen laut Studer vermehrt geeignete Orte, wo sich Mitarbeiterteams ein paar Tage zurückziehen können, um an Zukunftsthemen zu forschen oder Innovationen zu entwickeln. «St. Urban ist aus Zofinger oder Langenthaler Sicht verkehrstechnisch durchaus gut gelegen – auch wenn das aus dem Luzerner Blickwinkel erstaunen mag», so Studer. Mit dem neuen Angebot soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, vor

Ort zu übernachten. Angedacht sei, die beiden Gebäude Pavillon 1 und 2 umzunutzen. Aktuell bringt der Kanton dort ukrainische Flüchtlinge unter.

## Alt CVP-Kantonsrat präsidiert die IG

Bis Anfang 2023 werden laut Studer nun mögliche neue Nutzungen der Klosterräumlichkeiten evaluiert und in einem Businessplan konkretisiert. Bis dahin soll auch die künftige Organisationsform feststehen, die den Eventbetrieb übernimmt. «Erste Ideen sollen rasch umgesetzt werden, um das Angebot sichtbar und buchbar zu machen», sagt

Studer weiter. So könne man sich für die Beherbergung eine Zwischennutzung vorstellen.

Die Kosten für das Projekt beziffert Studer auf rund 880 000 Franken. Davon ist die Hälfte durch Mittel der Neuen Regionalpolitik (NRP) gedeckt, der Rest durch Eigenmittel und -leistungen der Trägerschaft. Mit NRP-Geldern unterstützen Bund und Kantone regionale Projekte zur Steigerung der Wertschöpfung im ländlichen Raum. Gründungsmitglieder der IG sind neben Lups-Direktor Peter Schwegler regional verankerte Personen. Als Präsident amtiert alt CVP-Kantonsrat Franz

Wüest aus Ettiswil. Der ehemalige Kantonsratspräsident begründet sein Engagement damit, dass die Klosteranlage in seiner engeren Heimat liege, zudem sei er oft Gast an Kulturveranstaltungen. «Wir haben eine tolle Mannschaft beisammen, die sich für die Neuausrichtung engagiert», so Wüest. Ziel sei es, die frei werdenden Räume optimal zu belegen. Nebst der IG bringt sich auch ein Beirat ein. Er fungiert als Echoraum und ist mit rund 15 bis 20 Persönlichkeiten aus der Region besetzt. Präsident ist Viktor Baumeler, ehemaliger Staatsschreiber des Kantons Luzern.

## Tote Tiere wegen der Taubenpest

**Ruswil** Die Taubenpopulation in Ruswil hat sich innert Jahresfrist rasant vergrössert. Die Vögel sind unter anderem beim alten, denkmalgeschützten Gerbhauses anzutreffen, wo sie das Vordach mit Kot verdecken (Ausgabe vom 11. März). Doch nicht nur das: Jetzt wurde bei den Ruswiler Tauben auch noch die Taubenpest festgestellt. Wie der Gemeinderat mitteilt, wurden in den letzten Wochen an mehreren Orten bei tot aufgefundenen Tieren die für Tauben hochansteckende und tödliche Viruserkrankung nachgewiesen.

Die Taubenpest kann gemäss Mitteilung unter gewissen Umständen bei engem Kontakt zu erkrankten Tieren bei Menschen eine Bindehautentzündung hervorrufen. Daher bittet der Gemeinderat die Bevölkerung erneut, die Tauben nicht zu füttern und den Kontakt zu Vogelexkrementen und kranken sowie toten Tauben zu vermeiden. Indem das Füttern vermieden wird, vermehren sie sich auch nicht mehr so rasch, was auch einen positiven Einfluss auf die Gesundheit der Tiere hat.

Aktiven Taubenzüchtern in Ruswil gibt der Gemeinderat den Ratschlag, ihre Vögel beim Tierarzt gegen die Taubenpest impfen zu lassen. (sb)

## Gratulation

### 95. Geburtstag

**Sursee** Heute kann **Max Züst**, St. Martinsgrund 8, bei guter Gesundheit und Vitalität den 95. Geburtstag feiern. Seine Tochter, sein Sohn, seine Familie und wir gratulieren ihm herzlich zum hohen Geburtstag. Wir wünschen alles Gute sowie noch viele schöne Momente und Erlebnisse.